

## Hamburg – Gespaltene Stadt

Hamburg, Metropole mit weltweiten Verbindungen, ist vielfältig verflochten mit anderen Völkern und Kulturen, gilt als „Stadt der Millionäre“ und ist eine der reichsten Regionen in Europa. Andererseits ist die Stadt sozial tief gespalten. Neben wenigen wohlhabenden Stadtteilen mit all den Vorteilen urbanen Lebens gibt es zahlreiche von Arbeitslosigkeit und Kinderarmut geprägte Stadtteile. Verarmt und von der Entwicklung der Stadt abgekoppelt, mit ausgemagerten öffentlichen Einrichtungen, geschlossenen Schulen, Jugend- und Kulturzentren, Bücherhallen und Postämtern.

Die CDU orientiert auf eine Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit. Die Politik der „Wachsenden Stadt“ verschärft die soziale Spaltung und Polarisierung dramatisch. Armut gibt es in Hamburg nicht trotz, sondern wegen des Reichtums.

Die 35 reichsten Hamburger Familien verfügen über etwa genau soviel Reichtum, wie die Hansestadt an öffentlichem Vermögen besitzt: EUR 45 Mrd.! Dagegen stehen 100.000 Hamburger Arbeitslose, davon 40.000 Langzeitarbeitslose, hohe Jugendarbeitslosigkeit, starker Rückgang bei den Ausbildungsplätzen und beruflicher Weiterbildung. Arbeitslose werden mit Zwangsumzügen und Leistungskürzungen drangsaliert und in perspektiv- und rechtlose 1-Euro-Jobs und ungesicherte Niedriglohnbereiche gezwungen. Das Tor zum sozialen Absturz: 200.000 leben Menschen in Hartz IV-Haushalten und 145.000 sind Minijobber.

SPD und GAL bleiben im Einflussbereich des Leitbildes der „Wachsenden Stadt“ und einer an unternehmenspolitischen Interessen ausgerichteten

Struktur-, Leuchtturm- und Clusterpolitik. Die Schattenseiten werden ausgeblendet.

Seit seinem Amtsantritt hat der CDU-Senat für EUR 3,2 Mrd. öffentliches Eigentum verkauft, EUR 600 Mio. bei der Arbeitsmarkt- und in der Sozialpolitik, bei selbst verwalteten Fraueneinrichtungen, bei Schulen und Stadteilkultur rigoros gestrichen. Mit den so „erwirtschafteten“ Mitteln wird die Politik



der „Wachsenden Stadt“ finanziert: spektakuläre Architektur, kulturelle Events, Elitebildung unter Aufsicht von Großunternehmen, teure Angebote für Gutverdienende, Bereitstellung von Mitteln und Flächen für Industrie- und Handelskonzerne, Beispiel Airbus-Erweiterung. Diese Politik geht bedenkenlos auf Kosten der BürgerInnen und der Umwelt. So wird Hamburgs Zukunft untergraben.

55.000 Kinder (über 20%) wachsen in Armut auf. Die neu erhobenen Gebühren für Vorschulklassen

## Für einen Politikwechsel

schließen viele Kinder von einer frühzeitigen Bildung aus. Gerade die ärmsten Familien erhalten häufig keine Kita-Gutscheine, die Schulklassen werden immer größer, die Lehrmittelfreiheit ist aufgehoben. Auch das vom Senat geplante zweigliedrige Schulsystem verteilt Bildungs- und damit Lebenschancen nach sozialer Herkunft. In keinem anderen Bundesland spielt bei der Bildung der Geldbeutel der Eltern eine so große Rolle wie in Hamburg.

Die Flüchtlingspolitik ist selbst in Bayern nicht so rigoros wie in Hamburg. Sogar Familien mit minderjährigen Kindern werden in Kriegsgebiete abgeschoben.

Aufwendige Großprojekte werden ohne öffentliche Debatte und ohne Beteiligung der Bürger betroffener Stadtteile durchgezogen und mit milliarden-schweren Subventionen ausgestattet. Immer mehr Plätze, Strassen und Einkaufspassagen werden der Allgemeinheit entzogen.

Die einseitige Orientierung der Verkehrsentwicklung auf den motorisierten Individualverkehr, die ständige Verteuerung des ÖPNV diskriminiert die 40% der Haushalte in Hamburg, die kein Auto haben. Menschen mit geringem Einkommen werden in ihrer Mobilität zunehmend eingeschränkt.

Hamburgs leistet einen steigender Beitrag zum Klimawandel: Mindestens 15% mehr Emissionen seit 1990! Die Zerstörung des Jahrhunderte alten Obstanbaugebietes „Altes Land“ als Geschenk an Airbus und hemmungsloser Straßenbau. Damit werden auch die natürlichen Lebensgrundlagen der HamburgerInnen immer stärker geschädigt.

*Das neoliberale Konzept des CDU-Senats fördert die Zerstörung des sozialen Zusammenhalts. Die Behauptung, einseitige Förderung ohnehin schon wachstumsstarker Branchen werde sich irgendwie positiv auf die Lebenslage aller BürgerInnen auswirken, erweist sich als bloße Phrase.*

## Für einen Politikwechsel

Die Linke setzt gegen die Politik der Ausgrenzung, der Verarmung und der sozialen Spaltung durch den Senat und die Bürgerschaftsparteien unter dem Motto „Hamburg für Alle – sozial und solidarisch“ eine unter sozialen Gesichtspunkten gestaltete Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, verbunden mit einem sozialen Stadtkonzept.

Für ein soziales, solidarisches, ökologisches und demokratisches Hamburg, das Arbeit für Alle ermöglicht und Wohnen, Gesundheit, Bildung, umweltfreundliche Mobilität, Kultur- und Freizeitmöglichkeiten für alle bereithält – in dem der Mensch im Mittelpunkt steht und nicht der Profit.

Für ein Hamburg, das seine BürgerInnen nicht nur bei Wahlen an politischen Entscheidungen teilhaben lässt.

Für ein Hamburg, dessen Reichtum nicht auf Kosten der Menschen in den armen Ländern entsteht und das zum Frieden beiträgt, statt am Krieg zu verdienen.

Für ein Hamburg, das Interkulturalität fördert, Integrationsprozesse einleitet und MigrantInnen und Flüchtlingen eine neue Heimat bietet.

Für ein Hamburg, das die Gleichberechtigung der Geschlechter ernst nimmt und auf allen Ebenen von der Kita über die Schulen und Hochschulen, der Berufsausbildung, in Betrieben und Behörden sowie dem Arbeitsmarkt der Benachteiligung von Frauen entgegenwirkt und die stereotypen Geschlechterrollen eines patriarchalen Männer-Frauenbildes nicht zulässt.

Wir treten für eine umfassende **Demokratisierung** von Politik und Wirtschaft ein. Die Bezirke sollen zu wirksamen Kommunalvertretungen entwickelt werden, die Mitbestimmung der Beschäftigten ist auf allen Ebenen auszuweiten: im öffentlichen Dienst, städtischen Betrieben, Schulen und Hochschulen. Stadtteil-, Senioren- und MigrantInnenbeiräte sollen mehr Kompetenzen erhalten, um auf die Gestaltung der öffentlichen Infrastruktur Einfluss nehmen zu können. Durch eine umfassende Novellierung des hamburgischen Gleichstellungsgesetzes sollen die Rechte der Frauen wieder gestärkt werden.

Volksentscheide müssen zu wirkungsvollen Instrumenten direkter Demokratie entwickelt werden.

Helfen Sie mit, eine Politik zu beenden, die zu Verinselung und Vereinsamung der Menschen führt. Wer von der Politik nichts mehr erwartet, wird empfänglich für „einfache Lösungen“, für rechtspopulistische Parolen und neonazistisches Gedankengut.

Die Linke will der neoliberalen Politik der „Wachsenden Stadt“ eine regionale **Stadtentwicklung** nach sozialen Gesichtspunkten entgegensetzen, unter besonderer Berücksichtigung der Bedürfnisse der Menschen in benachteiligten Stadtteilen. Dazu gehört eine soziale Wohnungsbaupolitik, die allen

ein preiswertes Wohnen ermöglicht und die Stadtteile zu lebenswerten Quartieren entwickelt. Das erfordert den Erhalt und Ausbau der Steuerungs- und Gestaltungsfähigkeit einer Stadtentwicklungspolitik, auf Basis von Demokratie, Mitbestimmung und Beteiligung der BürgerInnen auf allen Ebenen.

### **Armut bekämpfen heißt: Weg mit Hartz IV !**

Das ist staatlich verordnete Armut für die von der Politik als „überflüssig“ angesehenen erwerbslosen Menschen. Wir wollen, dass auf Landesebene alle Möglichkeiten ausgeschöpft werden, den Folgen dieses Gesetzes entgegenzuwirken. Verkappte Zwangsarbeit, z.B. durch 1-EUR-Jobs und Zwangsumzüge, müssen verhindert werden. Als Sofortmaßnahme fordern wir die Einführung eines Sozialausweises und sozialer Tarife, z.B. HVV-Sozialticket für EUR 18,00 monatlich, sowie ermäßigte Tarife für andere öffentliche Leistungen.

Die Förderung internationaler Konzerne mit Milliarden von Steuergeldern führt nicht aus der gesellschaftlichen Sackgasse heraus. Notwendig ist ein neuer Ansatz in der **Arbeitsmarktpolitik**. Eine Politik, die mit gesetzlichen Mindestlöhnen Arbeit ohne Armut ermöglicht. Eine Politik, die durch Arbeitszeitverkürzung Arbeit umverteilt, damit mehr BürgerInnen Arbeit finden. Eine Politik, die in den sozialen und kulturellen Bereichen sowie in der Stadtteilökonomie einen öffentlich geförderten Beschäftigungssektor aufbaut.

Für eine Politik der kurzen Wege, für Dezentralisierung, um Infrastruktur, Umwelt und Märkte zu entlasten. Politik soll kleine Unternehmen in Produktion und Dienstleistung unterstützen und den Genossenschaftsgedanken mit neuem Inhalt erfüllen.

All diese Maßnahmen verbindet die Zielsetzung, die regionalen Wirtschaftskreisläufe zu stärken, sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zu schaffen und in Folge die Massenkaufkraft zu stärken.

Die **Privatisierung öffentlichen Eigentums** ist ein Eckpfeiler neoliberaler Politik.

Sie ist darauf gerichtet, die historisch gewachsenen und hart erkämpften sozialstaatlichen Standards und Einrichtungen auf allen Ebenen zu zerschlagen und der Diktatur der Rendite und den Gesetzen des Marktes zu unterwerfen.

Wir wollen die bisherige Privatisierungspolitik

und die Verschleuderung öffentlichen Eigentums beenden. Die Gaswerke, HEW, Landesbank, Feuerkasse, Stadtreinigung und -entwässerung, Krankenhäuser, Müllverbrennung, das rollende Material der HHA und zuletzt die städtischen Alten- und Pflegeheime sind bereits an private Investoren verkauft. Die Folge: schlechtere Leistung bei höheren Preisen, siehe EON und Vattenfall.

Privatisierung beschleunigt den Prozess der sozialen Ausgrenzung und bedeutet in Kernbereichen der so genannten öffentlichen Daseinsvorsorge, dass immer mehr Menschen von notwendigen öffentlichen Gütern und Dienstleistungen ausgeschlossen werden, weil sie diese nicht mehr bezahlen können. Für die Belegschaften betroffener Betriebe bedeutet Privatisierung in der Regel schlechtere Arbeitsbedingungen, Absenkung von Löhnen und Gehältern und nicht selten Armutslöhne.

Diese Politik bedeutet „Entkernung der Demokratie“, sie muss beendet werden.

Eine soziale und solidarische Gesellschaft hat die für die sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Dienstleistungen notwendigen Einrichtungen und Unternehmen zu sichern und wieder in öffentliches Eigentum zu überführen, demokratisch gestaltet und mitbestimmt, bürgernah und bürgerfreundlich. Wir setzen uns für eine neue **Bildungspolitik** ein, die Chancen für Alle entwickelt.

Frühe Auslese ist ein Kernproblem deutscher Bildungspolitik und trägt wesentlich zur Spaltung der Gesellschaft bei. Die Linke will eine gebührenfreie Bildung von der Krippe bis zur Hochschule für Alle garantieren und ein gemeinsames Lernen für Alle bis zur 10. Klasse in einer einheitlichen Schule ermöglichen. Eine berufliche Erstausbildung ist durch eine Ausbildungsplatzumlage oder vollschulische Berufsausbildungsgänge zu sichern.

Wir wollen die Politik der Energie- und Ressourcenverschwendung beenden.

Sie führt direkt in die Klimakatastrophe, zerstört unsere natürlichen Lebensgrundlagen und trifft die Ärmsten am stärksten. Wir wollen, dass **ökologische Fragen** wieder den notwendigen Stellenwert erhalten. Wir wollen, dass die gesetzgeberischen und sonstigen Möglichkeiten auf Landesebene auch in diesem Bereich konsequent genutzt werden.

Irgendwann taucht immer die Frage auf, woher das Geld kommen soll. Es ist allgemein bekannt, dass die Linke auf Bundesebene eine andere Steuerpolitik

einfordert, u.a. eine deutliche Erhöhung der Steuersätze für hohe Einkommen, die Wiedereinführung der Vermögensteuer und eine Erhöhung der Erbschaftsteuer.

Auch auf Landesebene gibt es Spielräume für eine andere Politik. Diese haben sich materiell durch die positive Konjunkturentwicklung und die **Verbesserung der öffentlichen Finanzen** noch erhöht. Wir wollen durch die Einführung einer Gemeindefischsteuer für Unternehmen und Freiberufler sowie intensivierte Steuerprüfungen bei großen Unternehmen und Vermögen, die Steuereinnahmen für Hamburg erhöhen. In Verbindung mit Haushaltsumschichtungen und einer moderaten Neuverschuldung können erhebliche Mittel für ein öffentliches Investitionsprogramm erschlossen werden. Diese Mittel sollen für den Erhalt und Ausbau der sozialkulturellen Infrastruktur, für die Weiterentwicklung öffentlicher Dienstleistungen für Alle, für die Schaffung zusätzlicher Arbeitsplätze und für die Verbesserung der Lebenslage von Hartz IV-EmpfängerInnen und Sozialgeldbezieher verwendet werden.

*Mit diesen Überlegungen sind einige Politikfelder exemplarisch benannt, die aus unserer Sicht für einen Politikwechsel in dieser Stadt von Bedeutung sind. Unsere programmatische Arbeit ist in vollem Gange. Diese und noch viele andere Fragen wollen wir gemeinsam mit all denen diskutieren und weiterentwickeln, die wie wir eine andere Politik wollen.*

### **Solidarisches Handeln ist unser Leitgedanke.**

Politik hat die Aufgabe, allen Menschen ein Leben in sozialer Sicherheit und Würde zu ermöglichen - unabhängig von Vermögen, Geschlecht, Hautfarbe,

Religion oder ethnischer Zugehörigkeit.

Bedingungen für die Verwirklichung eines „Hamburg für Alle“ sind die gerechte Verteilung von Einkommen und eine gerechte Verteilung des vorhandenen gesellschaftlichen Reichtums.

Wir wollen, dass der Gedanke der Solidarität, der gemeinsamen Aktivität zur sozialen Verbesserung für Viele insgesamt gestärkt wird und Vermögende und große Unternehmen durch Abgaben und Steuern erheblich stärker als bisher zur Finanzierung des Gemeinwesens herangezogen werden. Allen Menschen ein lebenswertes Dasein zu ermöglichen hat auch etwas mit Solidarität zu tun.

Wir wollen dazu beitragen, die Betroffenen, aber auch all diejenigen zusammen zu führen, die die soziale Spaltung der Stadt nicht hinnehmen wollen und eine solidarische Welt jenseits von Markt und Kapital für machbar und erstrebenswert halten.

Wenn Gewerkschaften, Bündnisse und Initiativen, außerparlamentarische Gruppen, Vereine, Umwelt- und Verbraucherverbände und viele andere mehr sowie oppositionelle linke Fraktionen in Parlamenten der Stadt in politischen Aktivitäten zusammenfinden und sich ergänzen, dann ist vieles möglich. Dafür will die Linke wirken.

Wir wissen, dass viele Forderungen von bundespolitischen oder europäischen Abhängigkeiten geprägt sind. Gleichwohl: Jede Veränderung beginnt lokal - und finanzpolitische Spielräume sind vorhanden. Helfen Sie mit! Ihr Beitrag zu einer Alternative zur „Wachsenden Stadt“ ist gefragt.

*Wir wollen einen neuen Aufbruch für soziale Gerechtigkeit, für Solidarität und eine demokratische Gestaltung aller gesellschaftlichen Bereiche.*

Herausgegeben von:

Linkspartei.PDS &  
Landesverbände Hamburg  
Kreuzweg 7

20099 Hamburg,

tel: (0 40) 3 89 21 64 oder

info@linkspartei-hamburg.de

www.linkspartei-hamburg.de

WASG - Die Wahlalternative

(0 40) 22 62 42 14

info@wasg-hh.de

www.wasg-hh.de

**DIE LINKE.**  
LANDESVERBAND HAMBURG

V.i.S.d.P. Martin Wittmaack, c/o Die Linke., Kreuzweg 7, 20099 Hamburg